

Sale-Beitung.

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Der Nachdruck anderer Artikel ist nicht gestattet.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei wöchentlichem Auslieferung 2,70 M. ...

Nr. 290.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 5. November

1891.

Neue Gründer.

So oft in letzter Zeit ein Warner voraussetzte, wir gingen einem Börsenfraß entgegen, neben dem der große Zusammenbruch von 1873 nur wie ein „Kinderpiel“ ausdienen würde, so oft wurde er von besorgenen oder leichtgläubigen Lesern der Ueberzeugung oder gar der Erfindung weggewaschen.

Die Firma Hirschfeld und Wolff genoss als ein altes Bankhaus von unabweisbarem Ruf das Vertrauen und die Kundschafft der vornehmsten Kreise. Schon während der letzten Monate begannen aber ungünstige Nachrichten über den Bestand des Hauses umzugehen, die indessen weder verstimmt, weil man die Firma an der Börsenspekulation nur mit verhältnismäßig geringen Umständen betheiligte sich.

Das Herr Wolff infolge dieses erbaulichen Lebensanbens alljährlich 3-400,000 M. und mehr für seine Perion verbrauchte, da ihm sein verstorbenen Vater außer einem maltesischen Namen nicht sonderlich viel hinterlassen hatte.

Das ist schon weil es nur eine Wiederholung der beim Zusammenbruch des Bankhauses Schoedel gemachten Erfahrung darstellt, der schwarze Punkt in dem dunkeln Gewölbe. Auf die Meldung von Konturs der Firma Hirschfeld & Wolff haben die Aktien der Brauerei Friedrichshöhe einen Kursrückgang von 17 1/2 Proz. ...

Die Vertrauensseligkeit des Publikums wird durch den neuesten, viel besprochenen Bankrott, der eine ganze Reihe von Existenzen vernichtet und anderen schwerste Entbehrungen auferlegt, hoffentlich einen kräftigen Stoß erhalten. Das würde eine wohlthätige Wirkung sein, denn die ungemessene Bewegung am Geldmarkt hat wieder eine erschütternde und erschreckende Höhe erreicht.

Maß von Charakterfestigkeit dazu, diesen Versuchungen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Ist er ein Schwimmler oder auch nur ein leichtfertiger Lebemann mit großen Bedürfnissen, dann giebt er seine Zustimmung, eine Aktiengesellschaft wird gegründet, ein riesiges Kapital fließt auf dem Papier, die Leute, die „nicht alle werden“, finden sich mit ihrem guten Gelde ein, und wenn die Herrlichkeit lange genug gedauert hat, um die Kaffe des „Waders“ zu füllen, dann können die enttäuschten Opfer mit ihren einvertrübten Aktien sich die Preise aneignen — vorausgesetzt, daß sie sich den Luxus des Raucherens noch gestatten dürfen.

Aber nicht nur der Geldbeutel der Leichtgläubigen ist durch solche finanzielle Hülfen betroffen, auch die sozialen Gegenstände werden durch verhängnisvolle Erscheinungen in gefährlicher Weise verfehrt. Nicht zum wenigsten sind durch das in Berlin besonders herausfordernde Umstreiten und durch die damit verbundene Ueberhebung Sozialismus und Antisemitismus läppig in die Palme geschossen. Wenn der arme Mann sieht, wie die Entzogenen der Börse, deren Väter oft genug noch baustritten gingen, jetzt am Summirtische einverlesen und mit vollen Händen das Geld hinauswerfen, wenn er nachträglich gar noch, in der benutzigen Ausweichung seines Parteiplatzes, vernimmt, welchen schmutzigen Manövern der Verschwenker seine Mittel verdankt, dann muß er, der Auswüchse für die notwendige Regel nimmt, an der Berechtigung der Gesellschaftsordnung ebenso verweisen, wie das Bürgerthum im Angesicht der schamlosen Feudalwirthschaft unter Ludwig dem Schönen.

Oben daran halten wir es für eine ernste Pflicht der Presse, unmaßstäblich das Treiben gewissermaßen finanzieller zu geistlich und vor der Ausbreitung des Geldwunders vernehmlich zu warnen, ehe das neue Grundstücken um einen neuen Krach besichert hat, der jetzt, wo fast der Willkürherrschaft trostlose Ebbe eingetreten ist, wo infolge der Lebensmitteltheuerung und des Rückganges der Staatspapiere aller gesunde Handel und Wandel darniederliegt, von garerzu verhängnisvoller Wirkung sein müßte.

Deutsches Reich.

Berlin, 4. Nov. Der Kaiser unternahm heute vormittag einen Spaziergang in die nächste Umgebung des Neuen Palais und umfing beim Betreten des Geh. Obd. Hofes, Herr Geh. Rath Dr. v. Bennau, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn. Markschall v. Bieberstein und den Landwirtschafts-Minister v. Hedden. Zur Mittagsstunde waren der Landwirtschafts-Minister v. Hedden, der Staatssekretär Herr. Markschall v. Bieberstein und Herr v. Wigelow geladen.

Berlin, 4. Nov. [Eigenbericht.] Sicherem Vernehmen nach wird die Möglichkeit eines Conflicts von den Großmächten bereits ernsthaft in Erwägung gezogen. Kaiser Leo XIII. befindet sich, ganz abgesehen von seinem vorgetragenen Plan, nachdrücklich in einem so gerüttelten Gesundheitszustande, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krises immer näher rückt. In Berlin, Wien und im Centralen hat man natürlich in erster Linie gute Gründe, dieser wichtigen Zukunftsfrage bei Zeiten durch einen vertraulichen Meinungs-austausch näher zu treten. Daß ein solcher bereits stattgefunden hat, wird vom „Osservatore Cattolico“, der oft aus vorzüglichen Quellen schöpft, auf das Bestimmteste behauptet, unter verschleierte Himmels auf einen hochbetagten Kardinal, welcher unterhalten für den Dreißig eintratene pflegt. Anscheinend bezieht sich dieser Hülfen auf den Kardinal Hohenlohe, welcher bei den Heppisponnen den allerhöchsten Hohenlohe genießt.

Wie der „National-Zg.“ ein Privattelegramm aus Mailand meldet, soll in dem deutsch-italienischen Handels-Vertrage der deutsche Weinzoll von 24 auf 15 M. herabgesetzt worden sein.

Zu der voranschreitenden Erneuerung des D v. Stablewski zum Erzbischof von Posen-Ermenen äußert sich die „Nordd. Allg. Zg.“ in anheimelnd beunruhigter Tonart wie folgt:

„In das Suchen und Finden eines neuen vivendi mit den Unterthanen polnischer Zunge eine Aufgabe, die immer wieder von neuem an die Staatsregierung und die Behörden herantritt, so werden die Polen selbst zur Wahrnehmung an derselben um so größere Bereitwilligkeit setzen, je mehr Rechtshinblick für ihre Eigenheit sie zur insbesondere bei dem Kirchenansehen voraussetzen dürfen, in dem sie ihr geistliches Haupt anerkennen, und je einschneidender dieser in letzter Zeit mehrfach beunruhigt hat, daß er die Verantwortungen zu erfüllen will und auch bereit ist, welche auch die Polen dem preussischen Throne gegenüber haben, denn sie nach Gottes Rathschluss annehmen.“

Das ist so ungeheuer derleihe Standpunkt, welchen die „Saale-Zg.“ der Polenregier gegenüber seit Monaten zum Ausdruck gebracht hat — eine immerhin letzte Ehre, mit der „Nordd. Allg. Zg.“ sich so völlig eines Sinnes zu wissen.

Am der Berliner Börse wurden gestern Gerüchte umhergetragen, daß infolge des aufsehenerregenden Zusammenbruchs der alten bisher eines soliden Rufes sich erfreuenden Firma Hirschfeld u. Wolff gesetzgeberische Maßnahmen gegen Mißbräuche im Bankgeschäft bevorzugen. Bei diesem schmachvollen Bankrott sollen auch sehr hochgestellte Personen zu Schaden gekommen sein. Uns wird dazu geschrieben:

Berlin, 4. Nov. [Eigenbericht.] Gegen die Infanterie des letzten Bankhauses Hirschfeld u. Wolff sind bis jetzt vier Strafverfahren eingeleitet. Der Kommerzienrath Wolff

hatte noch kurz vor dem Zusammenbruche mit angeblichen kolossalen Gewinnen geprakt, um seine Opfer, unter denen alle unbilligen Städte vertreten sind, desto sicherer zu machen. In kapitalistischen Kreisen blickt sich angeblich dieser neuen Anstaltprobe gegen die Börsen- und Bankgeschäfte ein neues Mißtrauen Bahn. In der „Saale-Beitung“ war bei der Beschreibung des Bankes Hirschfeld schon auf die Thatfache hingewiesen worden, daß sehr viele Bankgeschäfte mit den Deposits befrachten.

Auch der Emin Pascha eng befreundete Afrikareise Prof. Schweinfurth bestreitet, daß Emin nach Wabelai unterwegs sei. Schweinfurth giebt auch die Gründe an für diese neue Behauptung. Er nimmt als Reiseziel Emin Pascha's die Gegend zwischen Albert-Edward- und Albert-See, aber auf der westlichen Seite im Gebiet des Kongostates an, wo das Gegenüber, der Kinnegon, die hohe Wasserhöhe, auf der die Quellen der Kongostämme liegen, eines der vornehmsten Fortschrittsgebiete offen lasse. Der bisher korrespondent der „Times“ erfährt aus angeblich besser amtlicher Quelle, den Angaben der „Morning-Post“ gegenüber sei V. Peters in den Depeschen der deutschen Regierung an den Reichsminister Grafen Haydel nicht erwähnt. Letzterer habe Lord Salisbury nur das mitgetheilt, was im „Reichs-Anz.“ über Emin erschienen sei.

Wie die „Nordd. Allg. Zg.“ meldet, stehen auf der Tagesordnung der ersten Vollsession des Reichstages am 17. Nov. außer der ersten Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Befreiung des Schloßanbans, 7 Berichte der Petitionskommission. Für die folgenden Tagesordnungen ist u. a. in Aussicht genommen: der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Gesetzes der Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883, und der Kommissionsbericht betr. den Gesetzentwurf über das Lehrgesetz des Deutschen Reiches. Außerdem wird demnach als Vorlage erwartet der Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Reichsanbans für das Etatsjahr 1892/93, nebst den dazu gehörigen Anlagen.

Die Abtheilung des Reichs-Verwaltungsrates für Anwaltschafts- und Altersversicherung hat bereits einen eigenen Dirigenten. Dem Vernehmen nach soll es nun im Plane liegen, demnach auch für die Unfall-Vericherungsbearbeitung eine solche Dirigententstelle zu schaffen. Daß sich auch die Notwendigkeit der Erhebung der Stellensatz für die ständigen Mitglieder des Amtes ergeben hat, kann bei der stetigen Zunahme der Arbeiten desselben nicht Wunder nehmen.

Wie unter den letzten Telegrammen der gefrigen Abend-Ausgabe erwähnt ist, beschäftigte sich gestern die bairische Abgeordnetenkammer mit dem an dieser Stelle schon mehrfach besprochenen Antrage, das bairische Verfassungen bei der Militärangabensbarkeit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. In Ergänzung des gefrigen kurzen Telegrammes des hier noch folgende Meldung Platz finden:

München, 4. Nov. In der Kammer der Abgeordneten erklärte auf den vom Abgeordneten Walter (Cent.) begründeten Antrag betreffend die Einführung einer deutschen Militär-Statutenordnung der Reichsminister des Innern, bisher sei der Regierung ein entgeltlicher Entwurf nicht mitgetheilt. Es hätten bisher nur vorläufige, nicht bindende Besprechungen unter den kommissarischen Vertretern der Einzelstaaten stattgefunden, daher sei er nicht in der Lage, sich über die Stellungnahme der Regierung in diesem Punkte zu äußern. Verlangt sei die Regierung lege die Entscheidung an den ständigen Reichsminister, so weit sich dieselben bewähren könnten, jedoch seien auch die Regierung die Öffentlichkeit und Würdigkeit des Gerichtsverfahrens in wirtschaflicher Weise zu wahren suchen und demgemäß ihre weitere Stellung bemessen. Die Idee des Art. 6 des Entwurfs wurde mit allergrößtem Interesse begrüßt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hier würde einmal etwas bairischer Partikularismus am Platze sein, falls von Berlin aus versucht werden sollte, zur Verschlechterung seines militärischen Gerichtsverfahrens auf Bayern einen Druck auszuüben.

Der Kaiser hat auf den von dem Kultusminister Grafen v. Helldorf gehaltenen Vortrag das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ermächtigt, dem Central-Ausschuß des Vereins zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland eine einmalige Staatsbeihilfe von 3000 M. zu gewähren. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Kultusminister die künftige Regierung in Bezug an geschrieben, diesen Betrag an den Central-Ausschuß zu zahlen, welchen die Leiter der deutschen Turnvereine und eine Reihe anderer um die Pflege der Jugend- und Volksspiele verdienten Männer angehören.

Die „Nordd. Allg. Zg.“ berichtet: In den im Reichsamt des Innern stattfindenden Konferenzen behandelte eine Verhandlung über die Patente, Walter- und Werten'sche sind bei dem Reichs-Verwaltungsrath des Reichsminister des Innern, Herr v. Boerz, und der Sectionsrath Dr. v. Deig, von der ungarischen Regierung Ministerialrath Schnierer delegiert worden. Die abgelaufene Kronenliste soll gleichzeitig mit der österreichisch-ungarisch-deutschen Beierntariffkonvention in Kraft treten.

Stuttgart, 4. Nov. Bei den gestern stattgefundenen Wahltag's-Verhandlungen wurden im Kreise Neuenburger Städtischen Gemeinderath (nationalist.) einstimmig, im Kreise Oberndorfer die bisherige Abgeordnete Ober-Baurath v. Leibbrandt und im Kreise Dillingen Gustav-Fischer, Hartmann (Demokrat) gegen den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Regierungsrath Kemann gewählt.

Karlsruhe, 4. Nov. Der Landtag ist am 17. d. einberufen worden. Zum Präsidenten der ersten Kammer wurde der Präsident des Oberlandesgerichts, Geheimrath Serger, ernannt.





